

RHEINLAND-PFALZ

### Überstundenbezahlung billiger als neue Planstellen

Die massiven Vorwürfe des Landesrechnungshofes Rheinland-Pfalz, Mainz, gegen Abrechnungsverfahren von Mehrarbeitsvergütungen an den Universitätskliniken Mainz sind in einer ersten Stellungnahme vom Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz des Marburger Bundes, Köln, „als unvollständig und unzulässige Verallgemeinerung“ zurückgewiesen worden. Im übrigen sei die kritisierte Vergütung der Mehrarbeitsleistungen im Endeffekt für das Land billiger als die Einrichtung neuer Planstellen gewesen.

Als Gegenbeweis gegen die Vorhaltungen des Rechnungshofes führt der Marburger Bund ein kürzlich fertiggestelltes Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuarbeit“, Frankfurt, an. Danach fehlten 1977 allein in der stationären Versorgung 76,3 Stellen. Würde man bei der Stellenberechnung auch noch die vielfältigen Forschungs- und Lehraufgaben der Krankenhausärzte, insbesondere im Praktischen Jahr, ansetzen, so ergäbe sich ein Personalzusatzbedarf von 200 Stellen

(1977). Für 1980 ergäbe sich an den Mainzer Universitätskliniken in sämtlichen Bereichen der Medizinischen Fakultät ein Stellendefizit von mehr als 300 Stellen. HC

SCHLESWIG-HOLSTEIN

### Einziges Land ohne „Bettenberg“

Die Konzertierte Aktion für das Gesundheitswesen hat nach Ansicht des Bundesverbandes der Innungskrankenkassen einen wesentlichen Beitrag für die Senkung der Kosten im Gesundheitssektor geschaffen. Wie der Vorstandsvorsitzende des Verbandes, Walter Derwald, anlässlich einer Tagung in Flensburg betonte, bleibe aber jeder Bürger aufgerufen, durch einen bewußt gesunden Lebensstil einen eigenen Beitrag zur Kostendämpfung zu leisten. Sorge bereite den 156 deutschen Innungskrankenkassen die Entwicklung auf dem Krankenhaussektor. Es gelte, bundesweit 20 000 überflüssige Krankenhausbetten abzubauen. In diesem Zusammenhang lobte Derwald die „außerordentlich sinnvolle Krankenhausbedarfsplanung in Schleswig-Holstein“. Nur im nördlichsten Bundesland gebe es derzeit kein Überangebot an Krankenhausbetten. yn

BAYERN

### Organtransplantation im Schulunterricht behandeln

Dr. Wilhelm Vorndran, jetzt Staatssekretär im Justizministerium (früher Sozialministerium), hat den Kultusminister Dr. Hans Mayer gebeten, die Frage zu prüfen, ob und wie die Problematik der Organtransplantation in den Schulen behandelt werden kann. Nach Ansicht von Dr. Vorndran könnte die Behandlung dieses Themas wesentlich dazu beitragen, die Bereitschaft der Bürger zur Unterzeichnung von Organspender-Ausweisen zu stärken. In Bayern hat das Kuratorium Rettungsdienst Bayern bis zum März dieses Jahres bereits 1,2 Millionen Exemplare seines „Organspender-Ausweises“ ausgegeben. Über die Gesundheitsämter, die niedergelassenen Ärzte und die Apotheken sind im vergangenen Jahr eine Million Exemplare eines entsprechenden Faltblattes verteilt worden. Sozialminister Dr. Fritz Pirkl sagte im Landtag, eine Eintragung im Personalausweis über die Bereitschaft zur Organspende müßte in jedem Fall so gestaltet werden, daß persönliche Gewissensfreiheit und die Geheimhaltung des Inhalts der Eintragung gewährleistet bleiben. WZ

## ANATOL



MARTINA KERBEL-HELD